

Zürich

Krieg in Syrien

Eine Grossoffensive der syrischen Regierung hat eine erneute, massive Fluchtbewegung der Bevölkerung ausgelöst. **SEITE 20**

Wahlen in Mexiko

Der neu gewählte Präsident Mexikos, Manuel López Obrador, hat alles andere als bescheidene Ziele für sein Land. **SEITE 20**



Sparvorlage ohne Trauer beerdigt

KANTONS RAT Die Regierung wollte auf Kosten der Gemeinden jährlich 56 Millionen im Finanzausgleich sparen. Diese Vorlage, Teil des Sparprogramms Lül6, hat der Kantonsrat gestern einstimmig versenkt – und der Regierung die Leviten gelesen.

Der innerkantonale Finanzausgleich ist ein Kompromiss, mühsam ausgehandelt vom Kantonsrat im Jahre 2011 und dann vom Volk mit 74 Prozent Ja abgesegnet. Damals wurde festgelegt, wie viel die reichen Gemeinden abliefern müssen und auf wie viel die ärmeren Anspruch haben.

An diesem Kompromiss schröbelte die Regierung 2016, als sie ihr Sparprogramm Lül6 auflegte. Sie schlug vor, bei den reichen Gemeinden minim mehr abzuschöpfen und den Anspruch der Armen minim zurückzustutzen. Rund 50 Millionen Franken hätte der Kanton auf diese Weise ab 2019 sparen können.

Beim Schräubern hat sich die Regierung die Finger verbrannt. Gestern hat der Kantonsrat die Vorlage mit 162 zu 0 Stimmen versenkt. Das Scheitern zeichnete sich ab, denn schon in den vor-

beratenden Kommissionen war das Werk aus der Küche von Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) durchgefallen. Hauptkritikpunkt: Die Regierung spart nicht wirklich, sondern wälzt einfach Kosten auf die Gemeinden ab.

«Die Leidtragenden wären die Gemeinden», sagte Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon) gestern in der Debatte. Via Steuererhöhungen würden letztlich die Bürger zur Kasse gebeten. Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) sprach wegen der Kostenverschiebung von einer «Pseudosparrvorlage». Stossend fand er vor allem, dass die armen Gemeinden weniger Geld erhalten hätten.

Schräg in der Landschaft

«Die Vorlage steht schräg in der Landschaft», sagte Martin Farner (FDP, Oberstammheim) und erteilte der Regierung die ungenü-

gende Note 3–4. Der Kompromiss von 2011 dürfe wegen des Spardrucks nicht infrage gestellt werden, zumal dieser Druck ja abgenommen habe. Michael Zeugin (GLP, Winterthur) kritisierte, die Regierung betreibe keine nachhaltige Politik. Statt die Kosten bei der Gesundheit und der Bildung einzudämmen, spare sie «auf dem Buckel der Ärmsten».

«Diese Vorlage ist Gift für das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden», sagte Philipp Kutter (CVP, Wädenswil). Weil sie einzig Kosten auf die Gemeinden abwälze, habe sie das ganze Lül6-Paket in Verruf gebracht.

Abrechnung mit Lül6

Die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes gehört zu den letzten grossen Lül6-Vorlagen, die auf den Tisch des Kantonsrates kommen. Die Linke nutzte die Gelegenheit, mit dem inzwischen arg zerzausten Sparprogramm abzurechnen. Markus Bischoff (AL, Zürich) sagte, Lül6 sei eine «unnütze Übung» gewesen. Das

zeigten die Gewinne der letzten beiden Kantonsrechnungen, die sich auf über 600 Millionen summieren. Der bürgerlichen Mehrheit, welche das Sparpaket der Regierung willkommen hiess, warf er vor, sich selber nicht an die Vorgaben gehalten, sondern an Lül6

«Alle schleichen sich jetzt von Lül6 davon.»

Markus Bischoff, Kantonsrat AL

massive Abstriche gemacht zu haben. Gemäss seiner Rechnung ist das Sparziel um knapp 290 Millionen Franken verfehlt worden. «Alle schleichen sich jetzt von Lül6 davon», sagte Bischoff. «Hören wir doch endlich auf mit diesem mittelfristigen Ausgleich»,

sagte er. Ist der Ausgleich negativ wie zwischen 2013 und 2020, löst dies Sparprogramme aus.

In dieselbe Kerbe hieb auch Markus Späth (SP, Feuerthalen): Er hält den mittelfristigen Ausgleich für ein «untaugliches Instrument». Bei Lül6 habe bisher vor allem das Personal bluten müssen. Lohnerhöhungen seien ihm nur in «homöopathischen Dosen» verabreicht worden. Zudem habe sich gezeigt, dass sich die Bürgerlichen dem Sparen verweigerten, sobald es um ihre eigene Klientel gehe. Als Beispiel nannte Späth die gescheiterte Spitalsteuer bei der Klinik Hirslanden und den entschärften Pendlerabzug. «Lül6 war, ist und bleibt unnötig», rief er.

Regierungsrätin Fehr tat die Kritik als «politisches Ritual» ab. Sie räumte ein, dass die Finanzausgleichsvorlage nicht die beste gewesen sei. Aber die Regierung habe wegen des Lochs von 1,8 Milliarden im mittelfristigen Ausgleich ein Sparprogramm schnüren müssen. *Thomas Schraner*

Passagier und Kontrolleur festgenommen

VBZ Sechs leicht verletzte Personen, zwei Verhaftungen – so lautet das Resultat einer Billettkontrolle, die in Zürich aus dem Ruder gelaufen ist.

Am Sonntagkurz vor 13 Uhr ist die Stadtpolizei Zürich von den Zürcher Verkehrsbetrieben (VBZ) zum Bahnhof Wipkingen gerufen worden. Dort sei ein Kontrolleur der VBZ angegangen worden. Die Polizisten fanden am besagten Ort mehrere verletzte VBZ-Mitarbeitende sowie einen verletzten 20-jährigen Fahrgast vor.

Ohne gültiges Ticket

Gemäss derzeitigen Erkenntnissen der Stadtpolizei führten die VBZ-Kontrolleure zuvor im Bus der Linie 46 eine Billettkontrolle durch. Der 20-Jährige hatte kein gültiges Ticket bei sich. Daraufhin stiegen die VBZ-Mitarbeitenden mit ihm an der Haltestelle Bahnhof Wipkingen aus dem Bus. Dort kam es dann zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen dem Fahrgast, fünf VBZ-Mitarbeitenden und einem 50-jährigen Passanten, der sich an der Haltestelle befand.

Sechs Personen mussten medizinisch ambulant versorgt werden, wie die Stadtpolizei am Montag mitteilte. Der genaue Ablauf der Auseinandersetzung sei unklar. Verhaftet wurden der Fahrgast sowie ein 45-jähriger VBZ-Mitarbeiter. *sda*

Keine Mehrheit für einen Hymnenartikel

KANTONS RAT Die Schweizer Hymne wird nicht Schulstoff. Nur EDU und SVP sprachen sich im Kantonsrat dafür aus.

Noch rechtzeitig vor dem Nationalfeiertag und dem heutigen WM-Spiel der Fussball-Nationalmannschaft hat der Zürcher Kantonsrat gestern einen Vorstoss behandelt, den Hans Egli (EDU, Steinmaur) 2015 eingereicht hatte. Er verlangte, dass der Regierungsrat das Singen und Erlernen der Hymne durch eine Ergänzung des Volksschulgesetzes zum obligatorischen Schulstoff macht.

«Es ist wichtig, dass Zuwanderer sich mit unseren Schweizer Werten auseinandersetzen», begründete Egli gestern sein Anliegen. «Niemand behauptet, dass wir kein Problem mit schlecht integrierten Zuwanderern haben. Das Kennen der Hymne schafft eine gewisse Verbundenheit.»

Damit nicht genug. Selbst sportliche Höchstleistungen hängen laut Egli vom Beherrschen des Liedguts ab. «Länder, die ihre Hymne mit Inbrunst singen, spielen erfolgreich Fussball.» Er störe sich daran, wenn

Fussball-Nationalspieler die Hymne vor dem Spiel nicht mitsingen. Am besten sei es daher, wenn schon die Schüler das Lied von Zeit zu Zeit singen.

Schützenhilfe erhielt Egli vom SVP-Fraktionschef Jürg Trachsel (Richterswil): Dieser wusste zu berichten, dass der dunkelhäutige französische Fussballstar Kylian Sanmi Mbappé schon als Zehnjähriger balljonglierend vor dem Fernseher gestanden und stolz die Marseillaise gesungen haben soll. «Das nenne ich gelungene Integration», sagte Trachsel. Dass der Regierungsrat von einem Hymnenartikel im Volksschulgesetz nichts wissen wollte, kritisierte der SVP-Kantonsrat: «Wir haben Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur im Volksschulgesetz. Da hat es auch noch Platz für die Hymne.»

Lehrplanthema Hymnen

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) fasste die Gründe zusammen, aus denen die Regierung den Vorstoss ablehnt. Es sei Sache des Bildungsrats und nicht des Kantonsrats, den Lehrplan festzulegen. «Auch an der Methodenfreiheit der Lehrpersonen sollten wir festhalten», sagte sie. Ihr Fazit: «Die Schulen können die Landeshymne thematisieren. Sie sollen es aber nicht müssen.»

Steiner hatte die Mehrheit des Kantonsrats hinter sich. Jacqueline Peter (SP, Zürich) verwies darauf, dass das Thema Hymne bereits im Zürcher Lehrplan 21, der ab August in Kraft tritt, verankert ist. Im Lehrplan steht als Zielvorgabe: «Die Schülerinnen und Schüler können Funktionen und exemplarischer Musikbeispiele erkennen und einem gesellschaftlichen Kontext zuordnen (zum Beispiel Disco, Filmmusik, Nationalhymne).»

Prisca Koller (FDP, Hettlingen) räumte zwar ein: «Es stört mich auch, dass viele unserer Spieler die Hymne nicht können.» Diese



Public Viewing, die Schweizer Hymne vor dem Match: Mitsingen können oder wollen die wenigsten. Foto: Keystone

sei aber ein ungeeignetes Mittel zur Vermittlung von Schweizer Identität und Werten. Dies sei vielmehr Aufgabe des Geschichts- und Staatskundeunterrichts.

Seitens der Grünliberalen gab Andreas Erdin (Wetzikon) zu bedenken, dass die Melodie und der Text des Schweizerpsalms viele Schülerinnen und Schüler nicht zu begeistern vermögen. «Was für

eine schräge Idee, einzelne Lerninhalte im Volksschulgesetz festzulegen», entfuhr es Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Regula Kaeser (Grüne, Kloten), die im Trachtenkleid erschienen war, doppelte nach: «Uns Grünen wäre es nie in den Sinn gekommen, den Atomausstieg im Volksschulgesetz verankern zu wollen.» Auch Cornelia Keller (BDP, Gossau), die

sich als durchaus heimatverbunden bezeichnete, kam das Ganze schräg vor: «Heimat kann man nicht ausschliesslich mit einem Lied erlernen.» Eglis Vorstoss wurde mit 108 zu 51 Stimmen von allen ausser der EDU und der SVP gebodigt. Eine Gesangsdarbietung des Schweizerpsalms wollte Egli nach der Debatte auf Anfrage nicht geben. *Matthias Scharrer*

Lehrplan wie geplant

KANTONS RAT Auf das Schuljahr 2018/2019 tritt der Zürcher Lehrplan 21 wie geplant in Kraft. Der Kantonsrat hat gestern eine Einzelinitiative abgewiesen, welche die Einführung vorerst stoppen wollte. Die Einzelinitiantin hatte geltend gemacht, der an sich gute Lehrplan werde scheitern, weil es sowohl an den finanziellen Ressourcen als auch an den nötigen neuen Lehrmitteln fehle.

Der Kantonsrat hatte ihr Anliegen vor zwei Jahren mit 63 Stimmen vorläufig unterstützt. Gestern hat er die Initiative nun definitiv vom Tisch gefegt. Er folgte mit 160 zu 1 Stimme dem Antrag der Regierung, den Vorstoss für ungültig zu erklären. Mittels Initiative könne ein Rechtssatz gefordert werden, nicht aber ein Einzelakt, hatte die Regierung zur Begründung angeführt. Zudem sei von Gesetzes wegen der Bildungsrat abschliessend für den Erlass des Lehrplans zuständig.

Auch aus inhaltlichen Gründen überzeuge die Initiative nicht, hielt die Regierung darüber hinaus fest. Denn der Lehrplan sei im März 2017 vom Bildungsrat erlassen und die neue Lektionentafel als breit akzeptierte Lösung beschlossen worden. Auch die Finanzierung des Weiterbildungsangebots für die Lehrpersonen sowie die Einführung von Medien und Informatik seien sichergestellt. «Wir sind gut unterwegs», bilanzierte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP). *sda*

DER SCHWEIZERPSALM

Der Schweizerpsalm wurde 1981 vom Bundesrat zur offiziellen Landeshymne erklärt. Das Lied stammt vom Wettinger Zisterziensermönch Alberich Zwysig, der es 1841 komponierte. Hier der Text der ersten Strophe zum Mitsingen vor dem heutigen Spiel der Nationalmannschaft:

*Trittst im Morgenrot daher,
Seh' ich dich im Strahlenmeer,
Dich, du Hoherhabener, Herrlicher!
Wenn der Alpenfirn sich rötet,
Betet, freie Schweizer, betet!
Eure fromme Seele ahnt
Eure fromme Seele ahnt
Gott im hehren Vaterland,
Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.*